

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 814

Mittwoch, 8. Oktober 2024

31. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Wahl der Richter*innen des Obersten Gerichtshofs: The winners are	1
Expert*innen: «Der Kongress muss die Fehler der Auswahlkommissionen korrigieren».....	3
Zum Wahlprozess: Stand 1. Oktober: Kein Konsens in Sicht.....	4
Kurznachrichten zur Pressefreiheit.....	6

Wahl der Richter*innen des Obersten Gerichtshofs: The winners are ...

Vorbemerkung der Redaktion: Und plötzlich ging es recht schnell. Während in den Medien noch spekuliert wurde und Mutmassungen um die Verhandlungen zwischen den Fraktionen ausgestellt, sind nun die Richter*innen des Obersten Gerichtshof (CSJ) vom Kongress bestimmt worden.

Wir beginnen die Berichterstattung dieser wichtigen Weichenstellung für die Funktionsfähigkeit des Justizsektors und des Rechtsstaates mit dem Ergebnis und dokumentieren dann, soweit es die Medien vor Ort hergeben, den Prozess des Wahlvorgangs im Kongress. Darunter sind auch Kurzprofile der nun vom Kongress gewählten und der nicht gewählten Kandidat*innen, die die Berufungskommissionen ausgewählt hatten.

Die Kandidat*innen auf einen Blick

Gewählt wurden:

1. Carlos Rodimiro Lucero Paz (Präsident des Familiengerichts im Department Guatemala; CICIG und FECCI warfen ihm 2018 Bestechungsannahme durch einen Kandidaten während der Auswahl zum CSJ-Richter vor) 158 Stimmen
2. Claudia Lucrecia Paredes Castañeda (amtierende Richterin am CSJ, gehörte zu einer Baufirma, die mit Gustavo Alejos verbunden war; sie erhielt von der Regierung Giammattei einige Bauaufträge in Millionenhöhe) 154 Stimmen
3. Gustavo Adolfo Morales Duarte (amtierender Richter am CSJ; verwickelt in den Fall Parallele Kommissionen) 110 Stimmen
4. Jenny Noemy Alvarado Tení (Anwältin und Richterin; steht angeblich Verfassungsrichter Nester Vásquez Pimentel nahe; laut Prensa Comunitaria war sie an der Verurteilung des Menschenrechts- und Umweltaktivisten Bernardo Caal Xol beteiligt; durch einen Gesetzesverstoss hat sie bei der Wahl der Richter*innen 2019 eine Annullierung des Wahlvorgangs durch den CC provoziert) 104 Stimmen
5. Flor de María Gálvez Barrios (Präsidentin des Appellationsgerichts für Familienfragen; 2020 gab es Ermittlungen gegen sie, die vom CSJ abgewiesen wurden; verwickelt in Parallele Kommissionen) 154 Stimmen
6. Flor de María García Villatoro (Stellvertretende Richterin am Appellationsgericht in Huehuetenango; angeblich Verbindungen zum korrupten Anwalt Sergio Roberto López Villatoro alias Rey de Tenis) 158 Stimmen
7. Clemen Vanessa Juárez Midence (Präsidentin des Ersten Appellationsgerichts; steht angeblich Verfassungsrichter Nester Vásquez Pimentel nahe) 114 Stimmen
8. Igmáin Galicia Pimentel (Präsident am Appellationsgericht in Escuintla; war Kandidat und Berater der FRG von Ríos Montt; steht angeblich Verfassungsrichter Nester Vásquez Pimentel nahe) 140 Stimmen
9. René Guillermo Girón Palacios (amtierender Richter am CSJ) 158 Stimmen
10. Carlos Ramiro Contreras Valenzuela (Präsident des Verwaltungsgerichts; war stellvertretender Innenminister unter Alfonso Portillo, den er später als Richter freisprach; steht angeblich Verfassungsrichter Nester Vásquez Pimentel nahe) 156 Stimmen
11. Teodulo Idelfonso Cifuentes Maldonado (Präsident des Vierten Appellationsgerichts) 139 Stimmen
12. Estuardo Adolfo Cárdenas (Präsident eines Appellationsgerichts) 156 Stimmen

13. Luis Mauricio Corado Campos (Präsident des Appellationsgerichts in schweren Strafverfahren; steht angeblich Verfassungsrichter Nester Vásquez Pimentel nahe; laut Fundacion Myrna Mack verwickelt in Parallele Kommissionen; zeigte Menschenrechts-Ombudsmann Jordan Rodas an; hat ein Bergbauunternehmen) 123 Stimmen

Nicht gewählt:

14. Wendy Angélica Ramírez López (Dozentin und Richterin; war 2019 in der Berufungskommission und verwickelt in den Fall Parallele Kommissionen)
15. Jorge Eduardo Tucux Coyoy (amtierender Richter am CSJ; 2020 vier Ermittlungsverfahren u.a. wegen Pflichtverletzungen, Machtmissbrauch und Gewalt gegen Frauen) 42 Stimmen
16. Marta Susana Vides Lavarreda (Präsidentin des Appellationsgerichts in Huehuetenango; es gab 2020 Ermittlungsverfahren gegen sie)
17. Lidia Judith Urizar Castellanos (Justiziarin in verschiedenen Bereichen: Banken, Justizsystem, Wahlbehörde)
18. Vilma Rossana Reyes González (bis 2023 Richterin am Appellationsgericht in San Marcos)
19. Dimas Jiménez Jiménez (Staatsanwalt; steht angeblich Generalstaatsanwältin Maria Consuelo Porras nahe)
20. Mario René Mancilla Barillas (Leiter einer juristischen Zeitschrift; schrieb Artikel über Menschenrechte; war Berater des Sekretariats für Umweltthemen im Zentralamerikanischen Freihandelsabkommen mit den USA (CAFTA))
21. Erwin Iván Romero Morales (Präsident eines Verwaltungsgerichts)
22. Edgar Orlando Ruano Godoy (Verfassungsrichter; soll dem Verfassungsrichter Nester Vasquez nahe stehen)
23. Astrid Siomara Morales Virula (leitet die Rechtsabteilung im Rechnungshof (CGC); war aktives Mitglied der UCN)
24. Manuel de Jesús Mejicanos Jiménez (arbeitete lange Zeit im Verfassungsgericht; ist aktuell Anwalt)
25. Jorge Alberto González Barrios (amtierender Präsident eines Appellationsgerichts; war in der Berufungskommission und lehnte CICIGs Expertise zu Korruptionsvorwürfen gegen Kandidat*innen ab; kommt in Berichten von Impunity Watch als Beschuldigter in mehreren Fällen vor)
26. César Augusto Ávila Aparicio (Richter am Appellationsgericht in Zacapa; Ehemann der Nichte des Ex-Abgeordneten aus Chiquimula, Baudilio Hichos, der in dem Department viele Posten mit Familienangehörigen besetzte) (La Hora)

Wird das Land auf den Weg zu einem effizienten Justizwesen gebracht oder bleibt es in seinem Sumpf gefangen?

Guatemala, 3. Oktober: Wird das Land auf den Weg zu einem effizienten Justizwesen gebracht oder bleibt es in seinem Sumpf gefangen? Der Kampf um die Gerechtigkeit im Kongress der Republik zeigte am Donnerstag, welche politischen Akteure noch daran interessiert sind, die Unabhängigkeit der Justiz zu retten und welche nicht.

Die ordentliche Sitzung am Donnerstag sollte um 10:00 Uhr beginnen. Während die indigenen traditionellen Autoritäten um 8:30 Uhr eine Pressekonferenz an einem der Eingänge des Kongresses abhielten, um eine transparente Abstimmung zu fordern, betrat die Mehrheit der Abgeordneten den Saal fast zwei Stunden nach der geplanten Zeit.

Unter den Beobachter*innen herrschte Ungewissheit darüber, ob die Wahl der Richter*innen für die Wahlperiode 2024-2029 stattfinden würde oder nicht, obwohl es in den Gängen des Kongresses hiess, dass sich die Abgeordneten in den frühen Morgenstunden des Donnerstags geeinigt hätten.

Im Gegensatz zum Dienstag, als die Sitzung wegen mangelnder Beschlussfähigkeit und fehlendem Konsens unterbrochen wurde, traten die Abgeordneten einer nach dem anderen ein, bis 127 anwesend waren. Zu den ersten, die ihre Anwesenheit signalisierten, gehörten: Allan Rodríguez, ehemaliger Kongresspräsident, der der Korruption beschuldigt und über die Partei VAMOS wiedergewählt wurde, Alvaro Arzú Escobar von Unionista und die drei UNE-Abgeordneten, César Augusto Fión, Adim Maldonado und Inés Castillo. Einige von ihnen wurden als Unterhändler*innen eines Bündnisses identifiziert, um die 81 Stimmen zu erreichen und Kandidat*innen zu wählen, deren Namen in Listen kursierten, die über soziale Netzwerke verbreitet wurden.

Um 11.39 Uhr eröffnete der Präsident des Kongresses, Nery Ramos, die Sitzung mit der Verlesung der Tagesordnung, die die Befragung der Minister für Inneres, Francisco Jiménez, für Auswärtige Angelegenheiten, Carlos Ramiro Martínez, für Kultur und Sport, Liwy Grazioso Sierra, und für Kommunikation, Félix Alvarado, vorsah. Nery Ramos und die Abgeordneten Jorge Mario Villagrán (AZUL) und Karina Paz (VOS) beantragten jedoch in einem Dringlichkeitsantrag, nur die Wahl der CSJ-Richter*innen zu behandeln. Mit 124 Ja-Stimmen genehmigten die Abgeordneten die Wahl von 13 Richter*innen für den Obersten Gerichtshof. Die Profile wurden aus der Liste von 26 Kandidat*innen ausgewählt, die die Nominierungskommission am 23. September vorgelegt hatte (s.o.).

Wurden die Listen ausgeteilt?

Während das Präsidium die Namen der Kandidat*innen vorlas, wurden einige Abgeordnete von den Kameras der Medien dabei erwischt, wie sie Listen an Kolleg*innen aus den eigenen oder anderen Fraktionen weitergaben. Die SEMILLA-Abgeordnete Elena Motta hielt einen gelben Umschlag hoch, aus dem sie Listen herausnahm. Prensa Comunitaria zeichnete den Moment auf, in dem sie einen dieser Umschläge dem BIEN-Abgeordneten Fidel Reyes Lee überreichte, der sich in der Nähe der Fraktion der Regierungspartei unterhielt. Als er merkte, dass die Kameras ihn verfolgten, achtete er auf sein Verhalten. Nach dem Ende der Sitzung wurde Elena Motta zu dem, was Prensa Comunitaria beobachtet hatte, befragt und stritt ihr Handeln ab: „Wir (...) hatten unsere Listen, aber haben nichts in Umlauf gebracht“.

Samuel Pérez, ebenfalls Mitglied der Regierungspartei, bestätigte jedoch, dass es mehrere Listen gab. „Ich wünschte, es wäre ein absoluter Konsens von dreizehn Personen der 160 Abgeordneten gewesen, so dass verschiedene Fraktionen im Kongress eine andere Liste hatten, aber die Zufälle spiegelten sich (in der Abstimmung) wider“, sagte er. Die Kameras fing auch Allan Rodríguez ein, der vor der Abstimmung eine Liste herausnahm, während er von Abgeordneten seiner Fraktion umgeben war.

Die Freude bei VAMOS und ihren Verbündeten

Obwohl es sich nicht um ein Fussballspiel handelte, waren der Beifall und die Rufe nach Angaben der Wahlkandidat*innen Teil der Anfeuerungsrufe, um die Kolleg*innen zu ermutigen. Allan Rodríguez, Felipe Alejos von TODOS und Elmer Palencia von VALOR waren diejenigen, die den Jubel anfeuerten. Zeitweise sah man Rodríguez auf und ab gehen, während er auf sein Handy schaute. „Auf geht's, meine Herren!“, rief er, von Frauen war bei ihm nicht die Rede.

Als Claudia Lucrecia Paredes, Gustavo Morales Duarte, Clemen Vanesa Juárez und Jenny Noemí Alvarado Tení zu Richter*innen gewählt wurden, winkte Rodríguez siegessicher mit den Händen. Die anderen Kandidat*innen gingen indessen leer aus. Das Bündnis, das Rodríguez erreichte, um mehr als 100 Stimmen zu erreichen, umfasst die Fraktionen von VALOR, UNE, UNONISTA, TODOS, CABAL, ELEFANTE und BIEN. Obwohl der Abgeordnete in einer Pressekonferenz nach der Wahl sagte, dass sie die Unterstützung von mindestens 12 Fraktionen gehabt hätten.

Am Ende wurden von den 13 gewählten Richter*innen drei amtierende wiedergewählt, obwohl ihnen vorgeworfen wurde, das Verfahren zur Erneuerung des Gerichts 2019 manipuliert zu haben. Claudia Lucrecia Paredes erhielt 154 Stimmen, Gustavo Adolfo Morales Duarte 110 und René Guillermo Girón Palacios 158.

Zu den neuen Richter*innen gehören ausserdem Flor de María García Villatoro, die 158 Stimmen erhielt, und Flor de María Gálvez Barrios, die beide als Angehörige zweier Angeklagter in den Fällen der Parallelkommissionen 2014 und 2020, Sergio López Villatoro, bekannt als „Tenniskönig“, und Estuardo Gálvez, ehemaliger Rektor der Universität San Carlos, gelten. Selbst die Abgeordneten der SEMILLA begründeten ihr Votum für García Villatoro mit dem Versagen ihrer elektronischen Bildschirme (??, d. Red.).

Für die Abgeordneten Luis Aguirre von CABAL und Samuel Pérez SEMILLA spiegelt die Abstimmung „Legitimität“ wider, da sie mit mehr als 100 Stimmen einen Konsens zur Wahl der 13 Richter*innen erzielen konnten.

Inés Castillo, der für die UNE gewählt wurde, sagte, dass man sich auf acht Kandidat*innen geeinigt habe, während die anderen fünf „vom Kongress auf seine Weise gewählt wurden“. Auf die Frage, ob er an den Verhandlungen beteiligt war, bejahte er dies. „Als gute Politiker*innen haben wir uns auf acht Positionen am Obersten Gerichtshof geeinigt. Ich möchte keine Namen nennen, weil es um die freie Abstimmung geht“, sagte er.

Luis Aguirre ist einer der Abgeordneten, die sich vor der Wahl mit den amtierenden Richtern und Kandidaten René Guillermo Girón, Jorge Eduardo Tucux und Gustavo Adolfo Morales Duarte getroffen haben. Darüber hinaus war er einer der Abgeordneten, die die Verhandlungen leiteten, wie es aus Parlamentskreisen verlautete. Nach der Wahl zeigte er sich zufrieden mit dem Ergebnis und bezeichnete es als gut für das Land. „Es ist ein völlig legitimer CSJ, alle Kandidat*innen hatten mehr als 100 Stimmen. Das zeigt, dass sich der Kongress wirklich zusammengefunden hat, um ein völlig ausgewogenes Gericht zu schaffen“.

Samuel Pérez bezeichnete die Wahl ebenfalls als legitim und erklärte, dass in den Gesprächen mit den Fraktionen ein „breiter Konsens“ in Bezug auf die Beendigung der politischen Verfolgung und die Abschaffung der Erpressung von Richter*innen erzielt wurde. „Ich glaube, dass dies erreicht wurde“, fügte er hinzu, (...).

Nach der Wahl wurden die 13 Richter*innen vereidigt. Anschliessend wurde ein Dringlichkeitsantrag zur Wahl der Kandidat*innen für die Berufungskammern gestellt. Obwohl der Antrag angenommen wurde, erklärte der Präsident des Kongresses die Sitzung für beendet und berief eine Fortsetzung für nächsten Dienstag um 10.00 Uhr ein.

Werden die Verhandlungen wieder aufgenommen? Laut Samuel Pérez wurden bei den Gesprächen zur Einigung über die Wahl des CSJ bereits einige Vorschläge für die Zusammensetzung jenes Gerichts unterbreitet. Es liege derzeit eine vorläufige Liste vor, auch wenn ein Konsens noch nicht erreicht worden sei. „Es ist keine schlechte Zusammensetzung des Gerichtshofs, ganz und gar nicht. Ich glaube, dass es Gründe gibt, optimistisch in die Zukunft der Justiz zu blicken, und dass das Verfahren bei den Berufungskammern ähnlich sein wird. Es wird vereinbarte Listen geben, aber mit einigen Präferenzen einiger Gruppen“, sagte Pérez. (Prensa Comunitaria)

Expert*innen: «Der Kongress muss die Fehler der Auswahlkommissionen korrigieren»

Guatemala, 30. September - Das Gremium unabhängiger Expert*innen zur Beobachtung der Wahl der Obersten Gerichtshöfe in Guatemala (PEI-GT) hat einen Leitfaden für die Mitglieder des Kongresses für die Wahl der Richter*innen des Obersten Gerichtshofs (CSJ) und des Berufungsgerichts erstellt und klargestellt, dass die Legislative die Fehler der Berufungskommissionen korrigieren kann, einschliesslich der Aufnahme von sanktionierten Personen in die Liste.

Der Experte Sidney Blanco betonte, dass sein Gremium keine bestimmten Kandidat*innen unterstützen oder angreifen, sondern Profile weitergeben, die den für das Auswahlverfahren erforderlichen internationalen Standards entsprechen. „Die Profile, die wir verbreiten, sind nicht neu, entstammen nicht der Kreativität unseres Gremiums, nein, wir haben diese Profile von den internationalen Standards übernommen, die in Übereinstimmung mit den internationalen Verträgen für diesen Wahlprozess empfohlen werden“, erklärte er. Laut Blanco ist das System zur Wahl der Richter*innen theoretisch gut strukturiert, da es ein technisches Gremium gibt, das die Profile analysiert, aber wie jedes Wahlmodell „ist es nicht perfekt“. „Wir sind der Meinung, dass der Kongress die enorme Verantwortung hat, Fehler zu korrigieren, die von den Berufungskommissionen begangen wurden und dass der Kongress immer noch Zeit hat, diese Fehler zu korrigieren, etwa wenn sie Personen in die Listen aufgenommen haben, die zum Beispiel in einem Interessenkonflikt stehen, sanktioniert wurden oder in kriminelle Handlungen verwickelt waren“, sagte er.

Kritik heisse nicht, dass der Prozess verzögert werden solle

Auch die Expertin Antonia Urrejola betonte, dass der Kongress die Möglichkeit habe, nach internationalen Standards zu arbeiten, während die Abgeordneten sich an den verfassungsmässigen Auftrag halten müssten, die Unabhängigkeit der Justiz und damit die Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu wahren.

Die PEI-GT-Analystin Ana Lorena Delgadillo erläuterte, dass es im Kongress keine Regelung „für das, was danach kommt“ gebe und dass der Beitrag des Gremiums ein Leitfaden mit Empfehlungen für die Wahl der Obersten Gerichte sei, der dem Kongress vorgelegt wurde. Laut Delgadillo sollte der Kongress klare, transparente und öffentliche Regeln aufstellen, die sich an den Kriterien Verdienst, Eignung und Ehrlichkeit orientieren und ein transparentes Verfahren vorsehen, das gleiche Bedingungen für die Kandidat*innen gewährleistet.

Gleichzeitig forderten die Expert*innen, dass der Kongress Einwände entgegennimmt und die vorgelegten Einwände bewertet, und dass eine individuelle Prüfung und öffentliche Interviews durchgeführt werden, um Verdienst, Eignung und Ehrenhaftigkeit zu bestätigen. Sie betonten, dass die Abgeordneten vorzugsweise nicht privat mit den Bewerber*innen zusammentreffen, dass das Bewertungssystem die Methoden und Kriterien für die Annahme von Bewerber*innen im Einzelnen darlegen und dass eine namentliche Wahl mit einer begründeten und öffentlichen Abstimmung über die Bewerber*innen stattfinden sollte. Sie wiesen auch darauf hin, dass die Beratungen öffentlich sein sollten, ohne Einmischung von politischen Parteien und wirtschaftlichen Interessengruppen, und dass der Kongress keine Massnahmen ergreifen sollte, die die Wahl der Gerichtshöfe verzögern würden.

Stimmenthaltung

Das Gremium forderte den Kongress ausserdem auf, sich bei der Wahl von Kandidat*innen zu enthalten, die sich in einem Interessenkonflikt befinden, einschliesslich jenen, die zugleich Mitglieder des Berufungsausschusses sind sowie Kandidat*innen, die vor dem Interamerikanischen Menschenrechtssystem wegen Menschenrechtsverletzungen angeklagt wurden. Es rief auch dazu auf, keine Beamt*innen zu wählen, die zur Kriminalisierung von Richter*innen, Staatsanwält*innen, Journalist*innen, Umweltschützer*innen und indigenen Völkern eingesetzt wurden, da diese Art von Profil das „Schlimmste“ sei, was der Kongress wählen könne. Ausgeschlossen werden sollten auch Amtsträger*innen, die die Aushöhlung der demokratischen Systeme unterstützt haben sowie Kandidat*innen, die verdächtige akademische Abschlüsse erworben haben.

Sidney Blanco betonte, dass das Verhalten der Beamt*innen untersucht werden sollte, um zu sehen, wie sie sich verhalten haben oder ob sie zur Kriminalisierung beigetragen haben, und dass diejenigen mit Verbindungen zur Parteipolitik ausgeschlossen werden sollten. „Wir sind dagegen, dass die Wahl ausschliesslich auf der Verteilung von Parteiquoten beruht, denn das ist ein Worst-Case-Szenario, bei dem sich die Abgeordneten darauf einigen, einige Kandidat*innen zu akzeptieren, damit der andere ihre akzeptiert“, fügte er hinzu.

Darüber hinaus forderte das Gremium, dass bei der Zusammensetzung der Gerichte die geschlechtsspezifische Vielfalt und die historisch unterrepräsentierten Sektoren im Land besonders berücksichtigt werden sollten. (La Hora)

Zum Wahlprozess: Stand 1. Oktober: Kein Konsens in Sicht

Guatemala, 1. Oktober - Die Wahl der Kandidat*innen für den Obersten Gerichtshof (CSJ) und die Berufungskammern steckt in einer Sackgasse. Dies zeigte sich zumindest an der Abwesenheit von mehr als 122 Abgeordneten, die am Dienstag um 10:00 Uhr zu einer Plenarsitzung geladen waren. Das Thema stand zwar nicht auf der Tagesordnung, aber es wurde erwartet, dass die Wahl für den Obersten Gerichtshof an diesem 1. Oktober stattfinden würde. Aufgrund der mangelnden Beschlussfähigkeit wurde die Sitzung schliesslich ausgesetzt.

In den sozialen Netzwerken kursierten Listen möglicher Kandidat*innen für die Wahl der Richter*innen. Im Plenarsaal registrierte die elektronische Tafel, die die Anwesenheit der Abgeordneten festhält, 38 Abgeordnete, obwohl nur 20 anwesend waren. Andere vermerkten nur ihre Anwesenheit und verliessen den Raum.

Die Abgeordneten der VOS machten Live-Übertragungen über TikTok, um die leeren Sitze zu zeigen: „Was ist los?“, fragte Orlando Blanco die Zuschauer*innen seiner Übertragung. Blanco sagte, dass die Abwesenheit zeige, dass man

sich nicht darauf geeinigt habe, die 13 ordentlichen Richter*innen aus der Liste von 26 Kandidaten und 156 für die Berufungskammern aus 312 Kandidat*innen zu wählen, die die von den Berufungskommissionen übermittelten Listen bilden. „Wir setzen das Justizsystem des Landes aufs Spiel“, sagte er und erklärte, dass die Kommissionen auch nicht die besten Kandidat*innen ausgewählt hätten, da sie deren Eignung und die Beschwerden der Zivilgesellschaft gegen sie nicht berücksichtigt hätten.

Nach dem Mittag betrat der Präsident des Kongresses, Nery Ramos, den Plenarsaal, um zu verkünden, dass die Sitzung wegen mangelnder Beschlussfähigkeit unterbrochen wurde. Auf einer Pressekonferenz erklärte er, dass das Kongresspräsidium eine Sitzung für 10.00 Uhr einberufen habe, um „den ganzen Tag für die Wahl der Richter*innen zu nutzen“.

Seit Donnerstag ist die Anwesenheit der Kandidat*innen für die Gerichte in den Büros der Abgeordneten zu beobachten. Für Ramos ist dies ein Symbol für Transparenz und Öffentlichkeit. „Jetzt sehen wir nicht mehr, dass sich die Kandidat*innen in einem Restaurant oder in einem Hotel verstecken, nein. Jetzt ist es so, dass wir uns in einem Wahlprozess befinden und die wählbaren Kandidat*innen das Recht haben, sich vor den Abgeordneten zu präsentieren, ihren Lebenslauf und ihre akademischen Verdienste darzulegen, die für die Abgeordneten von grundlegender Bedeutung sind, um eine fundierte Entscheidung zu treffen“, sagte Ramos.

Für den Präsidenten des Kongresses ist die Nichtteilnahme von mehr als 100 Abgeordneten jedoch kein Boykott, und er versicherte, dass es bei fehlendem Konsens das Beste sei, den Dialog fortzusetzen. Ramos äusserte sich verärgert über Presseberichte, wonach er sich mit dem VAMOS-Abgeordneten Allan Rodríguez getroffen habe, um über die Erneuerung der Gerichtshöfe zu verhandeln. „Bietet euch nicht als Instrumente für einen Angriff auf mich an. Es ist genau das Streben nach einem Platz im nächsten Kongresspräsidium, das sie dazu gebracht hat, einen systematischen Angriff auf mich zu fahren“, sagte er und bekräftigte, dass er als Präsident des Kongresses mit den Abgeordneten sprechen müsse, die an die Türen seines Büros klopfen, um ihre Vorschläge zu bringen oder ihr Unbehagen auszudrücken. „Es ist meine Verantwortung. Die Türen dieses Büros stehen allen Bereichen der Gesellschaft und den Abgeordneten offen“. Auf Medienanfragen zu seiner Position in der Sache hat er nicht geantwortet.

Die Verhandlungen

(...) Kongresspräsident Nery Ramos sagte, dass das Thema der Gerichtshöfe am Donnerstag wieder aufgegriffen werden könnte, obwohl die Befragung von Innenminister Francisco Jiménez fortgesetzt werden soll. Dies jedoch nicht einen Dringlichkeitsantrag, der die Wahl von Richter*innen prioritär auf die Tagesordnung setzt.

Nach Angaben des VOS-Abgeordneten Orlando Blanco finden die Verhandlungen zur Erreichung von 81 Stimmen in drei Gruppen statt. Eine unter der Leitung von Allan Rodríguez von VAMOS, an der auch Mitglieder von VALOR, CABAL und anderen kleinen Gruppen teilnehmen.

Die zweite soll sich aus dem „Mehrparteiengremium“ zusammensetzen, das der UNE-Abgeordnete Inés Castillo vor zwei Wochen angekündigt hatte. Diese Gruppe soll aus 25 bis 30 Abgeordneten bestehen. Nach Angaben von Blanco, haben Abgeordnete der SEMILLA Kontakt zu diesem „Mehrparteiengremium“ aufgenommen.

Und in einer dritten Gruppe sollen Luis Aguirre (CABAL) und Adim Maldonado (UNE) über die Abstimmung verhandeln. „SEMILLA pendelt zwischen dem Mehrparteiengremium und der dritten Gruppe, um zu versuchen, eine Einigung oder einen Konsens zu erzielen. Wir verstehen, dass diese Arbeit kompliziert ist, weil jede*r auf irgendeine Weise Quoten haben will. Ich weiss es nicht, aber viele denken, dass enge Freund*innen in den Gerichten deren rechtlichen Probleme lösen werden“, sagte Blanco über die Verhandlungen, die geführt werden, um die 81 Stimmen zu erreichen.

Luis Aguirre ist einer der Abgeordneten, die sich mit Kandidat*innen getroffen haben, darunter die amtierenden CSJ-Richter René Guillermo Girón, Jorge Eduardo Tucux und Gustavo Adolfo Morales Duarte, die wiedergewählt werden möchten. Er erklärte gegenüber Prensa Comunitaria, dass er einen Dringlichkeitsantrag stellen werde, um die Wahl in die Sitzung am Dienstag aufzunehmen. Allerdings war er einer der Abwesenden. Auf die Frage nach den Verhandlungen und seiner Abwesenheit antwortete er, dass er „nicht verstanden habe, was passiert sei“ und dass die Sitzung abgesagt wurde, ohne dass die Fraktionschefs angerufen worden seien, und die offizielle Begründung dafür nicht vorliege.

Bezüglich einer Übereinkunft bei der Wahl der CSJ-Richter*innen wies Aguirre darauf hin, dass „es keinen Konsens über 13 Namen geben wird. Wir werden einen Konsens von neun oder 10 erreichen und die letzten werden im Plenum festgelegt“ (...) Er betonte, dass alle Abgeordneten einen Einfluss haben und dass es heutzutage nicht mehr so sei, dass „nur eine kleine Gruppe ein Interesse an diesen Wahlen hat“. Er bemerkte, dass jetzt die Tür geöffnet wurde, damit „alle Abgeordneten eine Meinung haben können und nicht durch Einschüchterung oder Angebote beeinflusst werden, noch viel weniger durch Leute, die ihnen sagen, für wen sie stimmen sollen“. (...)

Nery Ramos sagte, dass der Dialog fortgesetzt werden müsse und versicherte, dass das Interesse der 10. Legislaturperiode, der er vorsteht, „immer die uneingeschränkte Einhaltung der verfassungsmässigen Fristen“ gewesen sei. Am Sonntag, den 13. Oktober, sollen die Richter*innen des Obersten Gerichtshofs und der Berufungskammern ihr Amt für die Amtszeit 2024-2029 antreten.

José Chic, Abgeordneter der VOS, warnte, dass man die Möglichkeit prüfe, den am Montag vom Verfassungsgericht gewährten vorläufigen Beschluss einzureichen, damit der Kongress die Richter*innen innerhalb des festgelegten Zeitrahmens wählen kann. „Es wurde nicht verstanden, dass das Verfassungsgericht den Kongress endgültig angewiesen hat, die Richter*innen zu wählen. Dieser Beschluss wurde gestern um 18.00 Uhr allen Verfahrensbeteiligten zugestellt. Das bedeutet, dass wir ab heute mit dem Wahlverfahren beginnen können und dass es keine weiteren Rechtsmittel gibt“, so Chic abschliessend.

Laut Prensa Comunitaria haben SEMILLA und ihre Verbündeten folgende 13 Namen für die Verhandlungen im Kongress benannt (in Klammern die oben genannten Nummern): Jorge Alberto González Barrios (25), Manuel de Jesús Mejicanos Jiménez (24), René Guillermo Girón Palacios (23), Carlos Rodimiro Lucero Paz (1), Igmáin Galicia Pimentel (7), Flor de María Gálvez Barrios (8), Carlos Ramiro Contreras Valenzuela (9), Marta Susana Vides Lavarreda (10), Vilma Rossana Reyes González (13), Estuardo Adolfo Cárdenas (20), Astrid Siomara Morales Virula (22), Mario René Mancilla Barillas (17) und Teodulo Idelfonso Cifuentes Maldonado (16). [*Von diesen wurden sieben gewählt, d.Red.*]

Hingegen haben die Oppositionsgruppen folgende 12 Namen angeboten: Manuel de Jesús Mejicanos Jiménez (24), Carlos Rodimiro Lucero Paz (1), Igmáin Galicia Pimentel (7), Flor de María Gálvez Barrios (8), Carlos Ramiro Contreras (9), Estuardo Adolfo Cárdenas (20) und Teodulo Idelfonso Cifuentes Maldonado (16) sowie die vom SEMILLA-Bündnis nicht aufgestellten Mauricio Corado (20), Guatevo Adolfo Morales Duarte (4), Claudia Paredes (3), Flor García Villatoro (12) und Dimas Jiménez Jiménez (14). [*Von diesen wurden 9 gewählt, d.Red.*] (Prensa Comunitaria)

Kurznachrichten zur Pressefreiheit

Gründerin von Prensa Comunitaria erhält Internationalen Preis für Pressefreiheit 2024

Das Komitee zum Schutz von Journalist*innen (CPJ) [hat eine Auszeichnung für die guatemaltekische Journalistin Quimy de León angekündigt](#). Sie ist die Gründerin der Nachrichtenagentur Prensa Comunitaria, die sich auf Menschenrechts- und Umweltthemen spezialisiert hat. De Leóns Arbeit bei Prensa Comunitaria hat zu ständigen Drohungen seitens der Regierung und Unternehmen geführt. Dafür wird sie mit dem Internationalen Preis für Pressefreiheit 2024 ausgezeichnet, mit dem Personen geehrt werden, die „[aussergewöhnliche Herausforderungen bewältigt haben, um weiterhin über ihre Gemeinden zu berichten](#)“.

Das Verfahren gegen Zamora geht weiter

Trotz des Amtsantritts der Regierung von Bernardo Arévalo bleibt die Lage der Journalisten in Guatemala komplex. Der Journalist José Rubén Zamora, Gründer von elPeriódico, bleibt im Gefängnis, obwohl [Arévalo selbst die gegen ihn erhobenen Vorwürfe öffentlich abgelehnt und als politische Verfolgung eingestuft hat](#). Der Oberste Gerichtshof Guatemalas [hat für September 2025 eine Anhörung angesetzt](#), bei der es um die Wiederaufnahme eines Verfahrens wegen Geldwäsche gegen den seit Juli 2022 inhaftierten Journalisten geht. (aus dem Newsletter des Runden Tisches Zentralamerika, September 2024)

¡Fijáte!
vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>
www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de
Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:
IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6